

Stephan Raabe	Leiter Auslandsbüro Polen
---------------	------------------------------



Warschau, 5. November 2005

Aktualisierte Fassung eines Vortrages vor der Jahrestagung 2007 des Landesverbandes Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung am 21. Oktober 2007 in München, veröffentlicht in: Forum Politikunterricht 3/07, 16 – 20, des Landesverbandes

Schwierige Nachbarschaft

Aktuelle Entwicklungen und Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen

Während die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschen und Polen sich weiter gut entwickeln, was einschlägige Umfragen, Handelsdaten und Investitionen belegen, haben wir seit einigen Jahren auf der politischen Ebene offensichtlich Schwierigkeiten im Verhältnis zwischen den Staaten.

Drei Schlaglichter beleuchten die aktuelle Situation in drastischer Weise:

1. Der frühere SPD-Vorsitzende und Ministerpräsident von Brandenburg, **Matthias Platzeck**, hat Anfang September beim Wirtschaftsforum in Krynica im Süden Polens gesagt, er habe sich bei der EU-Erweiterung 2004 nicht vorstellen können, dass die deutsch-polnischen Beziehungen noch einmal so tief sinken könnten.
2. Der frühere polnische Staatspräsident **Aleksander Kwaśniewski** klagte jüngst, die Kaczyńskis hätten die politische Kultur in Polen ruiniert und die Beziehungen zu Deutschland gleich mit.
3. In der deutschen Presse gibt es in der jüngsten Zeit Schlagzeilen über das „Land der Zwillinge“ wie: „Geisterstunde in Warschau“; „Politik des Ausnahmezustandes“; „Antideutsche Angstmache in Polen“ und „Polnischer Anachronismus“ und dies nicht etwa in Boulevard-Zeitungen, sondern in seriösen Tageszeitungen.

Zudem hat der harte Streit beim EU-Gipfel in Brüssel („Quadratwurzel oder Tod“) im Juni Friktionen hinterlassen. Die Probleme in der EU-Politik sind Gott sei Dank durch den Kompromiss in Brüssel und die Regierungskonferenz in Lissabon im Oktober weitgehend gelöst. Polen ist am Ende auf den Reformzug aufgesprungen.

Die polnische Regierung hat in letzter Zeit verschiedentlich in scharfer Form die deutsche Regierung sowie den deutschen Präsidenten des EU-Parlaments, **Hans-Gert Pötering**, angegriffen:

- So betrachtet das polnische Außenministerium das Dasein und die Tätigkeit der deutschen Vertriebenen-Organisationen per se als „feindlich gegenüber Polen“ und kritisiert entsprechend die Auftritte des deutschen Bundespräsidenten, der Bundeskanzlerin und des EU-Parlamentspräsidenten bei Veranstaltungen dieser Vertriebenen-Organisationen. Der in-

zwischen abgewählte polnische Ministerpräsident **Jaroslav Kaczyński** heizte in diesem Zusammenhang die Stimmung an, indem er vom „teutonischen Wahnsinn“ redete.

- Die bisherige polnische Außenministerin **Anna Fotyga** beklagte in der internationalen Presse, dass „Polen von Deutschland nicht als gleichwertiger Partner“ behandelt werde; Polen fühle sich durch die deutsche Politik in seiner Sicherheit bedroht und in seinem Verdacht bestätigt, dass Deutschland Polen in der EU dominieren wolle und die Geschichte neu interpretieren wolle, indem es sich selbst ebenfalls als Opfer des Weltkriegs stilisiere.
- Der zwischenzeitlich von der neuen Regierung abgelöste Deutschlandbeauftragte der polnischen Regierung **Mariusz Myszyński** schließlich warf Deutschland in öffentlichen Stellungnahmen vor, die Kooperation mit Polen nicht ernst zu nehmen, Polen in Europa isolieren zu wollen und eine endgültige Lösung der Probleme aus dem Zweiten Weltkrieg zu blockieren. Zudem klagte er Deutschland an, auf Kosten Polens seinen Wohlstand erworben und sich den Entschädigungsverpflichtungen entzogen zu haben (vgl. dazu die KAS-Analyse: Historische Gerechtigkeit vom 5.9.2007).

Harte Interessenpolitik statt freundlicher Partnerschaft

Diese Angriffe sind offenbar mehr als bloß populistisches Wahlkampfgetöse. Es zeigt sich in ihnen eine neue deutschlandpolitische Strategie der national-konservativen polnischen Regierung, die von ihr selbst als „polnische Interessenpolitik“ und „Politik der Härte“ beschrieben wird.

Diese Politik ist durch vier Merkmale bestimmt:

1. Abkehr vom vermeintlichen polnischen Vasallentum gegenüber Deutschland aus der Zeit nach 1989;
2. Schaffung eines gleichrangigen Verhältnisses auf Augenhöhe;
3. Kampf gegen den angeblichen „Geschichtsrevisionismus“ in Deutschland
4. Abwehr des „Hegemonialstrebens“ Deutschlands in Europa.

In den Augen vieler Deutscher trägt diese Politik Züge von Donquichotterie. Sie erscheint als eine Politik, die an den realen Gegebenheiten vorbeigeht und deshalb oft nicht recht ernst genommen wird, was die Gegenseite umso mehr reizt. Hinter dieser Politik stehen historisch-nationale Sichtweisen, die Polen und die eigene national-konservative Klientel vor allem als Opfer der Geschichte definieren und jetzt die Zeit für gekommen erachten, national selbstbewusst die polnischen Interessen zu vertreten. So entsteht eine seltsame Mischung von Minderwertigkeitskomplexen und nationalem Anspruchsdenken.

Die sachlichen Probleme zwischen Polen und Deutschland sind hinreichend bekannt. Es geht dabei vor allem um drei Themenbereiche:

1. um die Gaspipeline in der Ostsee und die Beziehungen zu Russland;
2. um die perspektivische Entwicklung der EU und
3. um die Geschichte und Geschichtspolitik im Zusammenhang mit Fragen des Zweiten Weltkrieges, der Vertreibung und von Restitutionsansprüchen einiger weniger Vertriebenen.

Hier gibt es unterschiedliche Positionen und Sichtweisen. Weil dem so ist, kommt es gerade auf die Art und Weise an, wie man mit diesen Konfliktthemen umgeht.

- Nutzt man sie zum Anheizen populistischer Stimmungen und zur Konfrontation oder ist man um eine konstruktive Klärung ernsthaft bemüht?
- Betont man den Konflikt oder versucht man das jetzt nicht Lösbare und Strittige auszuklammern zugunsten gemeinsamer Interessen und gemeinsamer Politik?

Offensichtlich ist, dass das europäische Projekt solange hinken wird, wie es keine wirkliche Verständigung zwischen Polen und Deutschen gibt. Es ist ebenso offensichtlich, dass es solange keine Partnerschaft unter Gleichen, solange keine Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe zwischen Deutschland und Polen geben wird, wie nicht von beiden Seiten das Bemühen um Verständnis und eine gewisse politische Rücksichtnahme im politischen Umgang miteinander gepflegt wird. Es gibt wichtige gemeinsame Herausforderungen, bei denen es auf das gute Zusammenspiel von Deutschland und Polen in Europa ankommt. Das betrifft zum Beispiel die Ostpolitik der EU, die Energiesicherheit, die Verteidigungs- und Sicherheitspolitik auch in ihrer transatlantischen Dimension, die verschiedenen Politiken in der EU, die Angleichung der Lebensverhältnisse in Polen wirtschaftlich und sozial an den europäischen Durchschnitt einschließlich der weiteren Entwicklung der Zivilgesellschaft sowie die Beachtung und Aufnahme der kulturell-historischen Erfahrungen der mittelosteuropäischen Beitrittsländer in der EU.

Der Wahlsieg der Opposition eröffnet neue Perspektiven

In dieser Situation eröffnet der sensationelle Wahlsieg der Opposition bei den vorgezogenen Neuwahlen am 21. Oktober 2007 neue Perspektiven und Chancen. Die Wahlen waren notwendig geworden, weil das rechtspopulistische Lagerkonzept einer Koalition der konservativen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ PiS, der nationalpopulistischen „Liga der Polnischen Familien“ LPR und der linkspopulistischen „Selbstverteidigung“ im Sommer endgültig scheiterte. Die PiS hatte dieses rechte Lagerkonzept als stärkste Partei nach den Wahlen im September 2005 überraschender Weise gegenüber der vor den Wahlen angekündigten Koalition mit der liberal-konservativen „Bürgerplattform“ PO vorgezogen und das ambitionierte Projekt einer konservativen, solidarischen IV. Republik propagiert. Mehr als zwei Drittel der Wähler stimmten nun nach nicht einmal zwei Jahren für einen Wechsel. Ihnen bereitete nicht zuletzt die innere Spaltung des Landes Sorgen, ganz zu schweigen von dem katastrophalen Bild, dass die populistische Koalition der IV. Republik nach innen wie nach außen mit Sexaffären, Stimmenkauf und Geheimdienstüberwachung abgab.

Die PO gewann mit 41,5 % überraschend hoch vor der PiS, die mit 32,1 % allerdings auch gut 5 % zulegen konnte. Die „Linken und Demokraten“ LiD kamen auf 13,2 %; die bäuerliche Volkspartei PSL auf 8,9 %. Die deutsche Minderheit ist nur noch mit einem Mandat (- 1) im Sejm vertreten. Die populistischen Parteien Selbstverteidigung mit 1,5 % (- 9,9 %) und Liga der Polnischen Familien LPR mit 1,3 % (- 6,7 %) sind die großen Verlierer der Wahl und nicht mehr im Parlament vertreten. Sie wurden von der PiS erfolgreich an den Rand gedrängt. Im Senat, dem polnischen Oberhaus, gewann die PO mit 60 (+ 26) von 100 Sitzen die absolute Mehrheit. Die PiS hat 39 Sitze (-10). Der ehemalige postkommunistische Außenminister Cimoszewicz zieht als unabhängiger Kandidat in das Oberhaus ein.

Die Wahlanalysen zeigen, dass sich die Spaltung Polens, die bereits bei den Wahlen 2005 zu Tage trat, noch vertieft hat. Die PO siegte im wohlhabenderen Westen, in den Städten, bei den Gebildeteren und bei den Jüngeren sowie den Menschen mittleren Alters; die PiS lag im ärmeren Osten, auf dem Lande, bei den weniger Gebildeten und den über 60jährigen vorne. Übrigens hatten die Postkommunisten bei den Wahlen 2001 ebenfalls 41 Prozent erreicht und damals auch eine Koalition mit der PSL gebildet. Bei den folgenden Wahlen stürzten sie dann

wegen Skandalen, Streit und Korruption auf 11 Prozent ab. Dem steilen Aufstieg folgt in Polen häufig der politische Niedergang.

Die mit der Wahl verbundene Richtungsentscheidung zwischen Fortsetzung oder Beendigung der Politik der Kaczyński-Zwillinge hat zu einer deutlichen Mobilisierung der Wähler geführt: Mit 53,9 % (+ 13,3 %) war die Wahlbeteiligung so hoch wie noch nie bei freien Parlamentswahlen in Polen. Dies hat den Ausschlag zugunsten der Opposition gegeben. Während die PiS ihr Resultat von 2005 durch die Stimmen der ehemaligen Wähler der populistischen Parteien verbessern konnte, profitierte die PO insbesondere von den Wählern, die beim letzten Mal zuhause geblieben waren, von unzufriedenen Überläufern der PiS und der Schwäche der Linken. Diese konnte ihr schlechtes Ergebnis von 2005 kaum verbessern.

Nun wird es darauf ankommen, ob Staatspräsident Lech Kaczyński, dem die Verfassung sowohl innen- wie auch außenpolitisch eine starke Stellung einräumt, das deutliche Wahlergebnis akzeptiert und auf eine gedeihliche Zusammenarbeit zum Wohle Polens setzen wird. Nimmt er dagegen die Rolle eines Parteisoldaten der PiS wahr und nutzt seine Vetomacht, die vom Parlament nur mit 60 % überstimmt werden kann, dann geht die polnische Republik erneut schwierigen Zeiten politischer Instabilität und des Kampfes entgegen.

Die PO wird jetzt mit der bäuerlichen Polnischen Volkspartei PSL, die in kommunistischer Zeit als Blockpartei fungierte und bereits in den meisten Regionen Polens mit der PO gemeinsam regiert, eine Koalition bilden. Beide Parteien gehören der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten) an. Bei der konstituierenden Sitzung des Sejm am 5. November wurde der PO-Kandidat Bronisław Komorowski mit der Zweidrittelmehrheit der Mitte-Links-Parteien zum Parlamentspräsidenten gewählt. Der PO-Vorsitzende Donald Tusk wird wahrscheinlich noch in dieser Woche durch den Staatspräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt. Die neue Regierung muss sich sodann innerhalb von 14 Tagen dem Vertrauensvotum im Parlament stellen.

Der Umschwung im Wahlkampf ging von dem Fernsehduell zwischen Jarosław Kaczyński und Donald Tusk neun Tage vor der Wahl am 12. Oktober aus. Dies gewann Tusk souverän. Er entzauberte den Premier als politischen Strategen und stellte den Wählern mit dem Erfolgsmodell Irland eine konkrete Perspektive vor Augen. Die deutsch-polnischen Beziehungen bezeichnete er als so schlecht wie lange nicht mehr und gab dafür dem Premier maßgeblich die Schuld. Mit dem politischen Umschwung werden die politischen Probleme zwischen Polen und Deutschland, die in den vergangenen zwei Jahren deutlich zu Tage traten, nun nicht vom Tisch verschwinden. Die Politik gegenüber Russland, die Differenzen in der EU-Politik und die historischen Belastungen durch Krieg und Vertreibungen werden weiter eine Rolle spielen. Doch ist der Wille da, mit diesen Problemen konstruktiver umzugehen. Hinzu kommt, dass etliche der führenden Politiker der PO durch den Parteiendialog mit der CDU/CSU und die Zusammenarbeit in der EVP auf europäischer Ebene die Partner und ihre Argumente kennen, was das Gespräch und die Zusammenarbeit erleichtern sollte. Tusk selbst spricht deutsch und hat sich mit der deutschen Vergangenheit seiner Heimatstadt Danzig intensiv beschäftigt. Insofern gibt es Anlass, in den deutsch-polnischen Beziehungen mit einem gewissen Optimismus in die Zukunft zu schauen. Die Chancen für eine Entspannung und die Wiederbegründung einer Partnerschaft sind gut.

Weitere Informationen und genauere Wahlanalysen finden sie auf der Homepage der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen unter: www.kas.de/warschau.

Anlage: Parlamentsparteien und Regionen in Polen

Die Parlamentsparteien in Polen:

PO (Bürgerplattform), liberalkonservativ;

PSL (Bauernpartei), sozialkonservativ, ländlich (ehemalige Blockpartei);

PiS (Recht und Gerechtigkeit), nationalkonservativ;

LiD (Linke und Demokraten);

Wahlbündnis aus SLD, SdPI, PD und weiteren kleineren Gruppierungen:

SLD (Bündnis der demokratischen Linken), postkommunistisch;

SdPI (Polnische Sozialdemokratie), sozialdemokratische Abspaltung von SLD;

PD (Demokratische Partei), linksliberal;

UP (Union der Arbeit), sozialdemokratisch.

DM Deutsche Minderheit, politisch in der Mitte verortet, stimmte als Minderheit in der Vergangenheit häufig mit der Regierungsmehrheit

Ausgeschieden sind:

Samobrona (Selbstverteidigung), linkspopulistisch, ländlich;

LPR (Liga der Polnischen Familien), rechtspopulistisch, nationalistisch.

Die 16 Woiwodschaften in Polen

